

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Stellv. Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Vertreter Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Michael Kieseewetter

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer

beratendes Mitglied Doris Tjarks

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Nikša Marušić

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 50 Michael Koch

Fachbereichsleitung 20 Torben Müller

Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

von der Verwaltung

Fachbereich 20 Jörg Engesser
 Fachbereich 20 Jan Hülsemann
 Fachbereich 51 Andreas Leonhardt
 Pressesprecherin Julia Muth
 Fachbereich 13 Insa Rogel

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block
 beratendes Mitglied Sabine Gastmann
 Grundmandat Torsten Kastrioti
 Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

als Gast

Stefan Becker	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Ulf Berner	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Markus Bulla	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Heide Christina	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Uwe Heinemann	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Anja Mandt	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Gesche Marxfeld	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Detlef Schön	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Dr. Günther Schulte	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Jens Stoffers	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Detlef Stump	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
Andreas Tönjes	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Unterbringung von Flüchtlingen- weiteres Vorgehen
- 4 Sozialfonds
- 4.1 Antrag Förderverein Rogate-Kloster Sankt Michael e.V.
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 nächster Sitzungstermin

366/2022

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schönfelder bat um Aufnahme der Beratung über den vorliegenden Antrag aus dem Sozialfonds als eigenständigen Tagesordnungspunkt. Die Dringlichkeit sei damit begründet, damit der Antrag noch in diesem Jahr genehmigt werden könne. Finanzielle Mittel seien im Sozialfonds noch vorhanden.

Der Ausschuss stimmte einstimmig, mit einer Nichtteilnahme wegen Befangenheit (Herr Schaar/Br. Franziskus), der Dringlichkeit zu.

Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Unterbringung von Flüchtlingen- weiteres Vorgehen

366/2022

Herr Schönfelder stellte die Vorlage 366/2022 vor. Die Vorlage enthält wesentliche Entscheidungen zum weiteren Vorgehen bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

Besonders dringlich sei die Errichtung einer neuen Gemeinschaftsunterkunft im ehemaligen Dewi-Gebäude in der Ebertstraße. In der jetzigen Gemeinschaftsunterkunft in der Peterstraße soll eine im Kindergartenbedarfsplan vorgesehene und dringend benötigte Kindertageseinrichtung entstehen. Die Unterbringung der Flüchtlinge im Dewi-Gebäude solle längstens bis zum 31.12.2023 erfolgen, sodass die für dieses Gebäude geplanten Belange der angrenzenden Grundschule nicht beeinträchtigt werden.

Für eine zukünftige Unterbringung der Flüchtlinge wurden über 8 weitere Liegenschaften geprüft. Das Dewi-Gebäude habe sich aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der Kapazitätsmöglichkeiten als bestens geeignet erwiesen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration sowie des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen.

Herr Stump fragte, ob die bisherigen Kapazitäten erschöpft seien und ob es hier nur um die Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge gehe oder auch um andere Nationalitäten.

Herr Schönfelder antwortete, dass bis Ende März 2023 noch 900 weitere Flüchtlinge durch Zuweisungen erwartet werden. Da die schnelle Vermittlung in den Wohnungsmarkt nicht sichergestellt sei, müssten ausreichend Kapazitäten in einer Gemeinschaftsunterkunft vorgehalten werden.

Herr Schön sprach die Differenzierung zwischen den Flüchtlingen aus der Ukraine und den „übrigen“ Flüchtlingen an. Er fragte, weshalb die Flüchtlinge aus der Ukraine zentral in der Peterstraße und die Flüchtlinge aus anderen Ländern im Stadtnorden in der Albrechtstraße untergebracht werden und weshalb hier Unterschiede gemacht werden.

Herr Feist nannte hierfür sachliche Gründe. Zum einen gehören die Flüchtlinge in unterschiedliche Rechtskreise und müssten ausländerrechtlich unterschiedlich behandelt werden. Zum anderen kämen aus der Ukraine überwiegend Familien, während es sich bei den Flüchtlingen aus anderen Ländern meistens um Einzelpersonen handle. Für die praktische, organisatorische Arbeit sei daher eine Trennung sinnvoll. Beide Standorte befänden sich in einem bewohnten Quartier mit einer guten infrastrukturellen Anbindung und alltäglicher Kontaktmöglichkeiten. Er versicherte, dass bei der Betreuung der Flüchtlinge keine Unterscheidung gemacht werde.

Herr Schaar/Br. Franziskus hält die Trennung aus fachlichen Gründen für sinnvoll und ergänzte, dass es zudem im Stadtnorden zahlreiche, für die Flüchtlinge fußläufig erreichbare Angebote der Kirchengemeinden gebe.

Herr Bulla kritisierte die Kurzfristigkeit der angedachten Lösung. Er sprach das Gebäude der BBS Heppens an, welches bereits in wenigen Wochen durch den Auszug der Schülerschaft in den Neubau an der Friedenstraße leer stehe und dann längerfristig verfügbar sei. Da die Situation in einem Jahr noch nicht absehbar sei, könne dies auch eine denkbare Lösung sein.

Dazu antwortete Herr Schönfelder, dass die Peterstraße im ersten Quartal 2023 aufgegeben werden müsse und der Auszug aus dem Gebäude BBS Heppens, auch von der Musikschule, zeitlich entsprechend nicht realisierbar sei. Auch gebe es bereits einen Beschluss über die Weiterverwendung des Areals, sodass dies auch nur eine Übergangslösung sein würde.

Herr Ehlers bezog sich auf die Diskussion im Schulausschuss, der sich mehrheitlich gegen eine Nutzung des Gebäudes in der Ebertstraße ausgesprochen habe. Die Belange der Schule würden nicht beachtet werden, zudem befürchte man aus pädagogischer Sicht eine Retraumatisierung der beschulten Kinder mit Fluchterfahrung. Ebenso werde durch die anderweitige Nutzung der Fluchtweg in der Ebertstraße verbaut.

Herr Ehlers beantragte eine getrennte Abstimmung über die Positionen der Vorlage und sagte, dass er der entsprechenden Position nicht zustimmen werde.

Auch Frau Marxfeld sagte mit Verweis auf das Votum aus dem Schulausschuss, dass die SPD-Fraktion der geplanten Nutzung nicht zustimmen werde.

Herr Feist betonte, dass hier der Schule nichts weggenommen werde. Vielerorts werden die Flüchtlinge in Sporthallen untergebracht, sodass dort Sportunterricht und Vereinssport entfallen müsse.

Aus bildungspolitischer Sicht müsse er nicht nur die Situation in den Schulen, sondern auch die Versorgung mit Kindergartenplätzen im Blick haben. Hierfür sei die Errichtung entsprechender Kapazitäten in der Peterstraße dringend erforderlich.

Auch für die Flüchtlinge sei der Standort in der Ebertstraße positiv zu bewerten, da sie hier citynah untergebracht werden können. Zur drohenden Retraumatisierung sagte er, dass er ein Nebeneinander in Absprache mit der Schulleitung für möglich halte. Auch gebe es an den Schulen positive Beobachtungen dahingehend, dass ehemalige Flüchtlingskinder den Neuankömmlingen helfen und diese begleiten.

Herr Leonhardt machte nochmals deutlich, dass die Verwaltung und auch das Deutsche Rote Kreuz als Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte bei der Behandlung der Flüchtlinge keine Unterschiede machen. Die Verteilung erfolge ausschließlich aus organisatorischen und fachlichen Gründen. So waren auch bereits ukrainische Flüchtlinge in der Albrechtstraße untergebracht.

Zum angesprochenen Fluchtweg in der Ebertstraße sagte er, dass dieser sich zwischen dem Parkplatz des Gebäudes der Ebertstraße 96 und dem eingezäunten Spielplatz der Schule befinde. Das Tor werde weiterhin gangbar und nutzbar sein. Lediglich die Umzäunung solle mit farbigen Bannern als Sichtschutz verhängt werden. In umgekehrter Richtung stelle man sich auch eine Nutzung des Spielplatzes außerhalb der Schulzeiten durch die geflüchteten Kinder vor.

Herr Feist appellierte, nicht nur die Sichtweise einer einzelnen Schule zu betrachten. Die Bedenken der Schulleitung werden von der Verwaltung ernstgenommen, müssten jedoch mit den Verpflichtungen gegenüber der Interessen der Flüchtlinge sowie der Bedarfe im Bildungsbereich abgewogen werden. Dies sei ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag und erfordere Solidarität von allen Seiten.

Herr Walpurgis bezeichnete die Verkäufe städtischer Gebäude und Umwandlungen von nichtgenutzten Schulgebäuden für andere Zwecke als Fehler, die sich nun rächen würden. Hier wurde ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen gehandelt. Auch befürchte er eine Explosion der zurzeit nur überschlägig bestimmbareren Kosten.

Als Vorsitzende des Betriebsausschusses GGS sagte Frau Mandt, dass sie dem Verwaltungsvorschlag folgen werde. Es handle sich um ein leerstehendes, städtisches Gebäude, welches mit relativ geringem Aufwand für die Nutzung hergerichtet werden könne und lediglich für ein Jahr genutzt werden müsse. Alternative Mietkosten seien im Haushalt nicht abbildbar. Auch müsse die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge sozialverträglich erfolgen.

Herr Burkhart unterstützte die Auffassung der Schulleitung und werde dem Vorschlag daher nicht zustimmen. Aufgrund des stetigen Flüchtlingsstromes in den letzten Jahren hätte man die Errichtung einer dauerhaften Flüchtlingsunterkunft viel eher thematisieren müssen.

Dem widersprach Herr Feist, da hierfür der Bedarf nicht vorlag. Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen war völlig ausreichend. Die Vorhaltung einer Gemeinschaftsunterkunft wäre unwirtschaftlich gewesen. Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine waren von niemanden vorhersehbar.

Herr Marušić bezeichnete den Verkauf nicht mehr benötigter Immobilien als Teil der Stadtentwicklung. Dennoch sei man in der glücklichen Lage, noch über eigene Immobilien für die Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft zu verfügen. Da das Gebäude in der Ebertstraße leer stehe und somit sofort nutzbar sei, sei dies die wirtschaftlichste Lösung. Die im kommenden Jahr angedachte Schulentwicklungsplanung mit der Integration von Sozial- und Beratungsangeboten werde dadurch nicht gefährdet. Denkbar sei im Zuge dessen, den gesamten Umbau des Gebäudes über Integrationsmittel des Landes Niedersachsen zu finanzieren. Auf Nachfrage von Herrn Walpurgis sagte er, dass hierfür die Anträge erst nach Planungsabschluss gestellt werden könnten.

Herr Schön gab für die SPD-Fraktion bekannt, dass die Beschlussvorlage abgelehnt werden wird. Er kritisierte den von der Verwaltung aufgebauten Druck bei einer demokratischen Entscheidung. Die Schule leiste eine großartige Integrationsarbeit in der Südstadt und man unterstütze die Argumentation der Schulleitung.

Dazu entgegnete Herr Feist, dass der Druck keineswegs von der Stadtverwaltung aufgebaut werde, sondern sich aus den unvorhersehbaren Zuständen in Russland und der Ukraine ergäbe. In Anbetracht der bildungspolitischen, sozial- und integrationspolitischen sowie haushaltspolitischen Aspekte warb er nochmals für die Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft im ehemaligen Dewi-Gebäude. Die Alternative dazu wäre eine Unterbringung in einer abseits gelegenen Gewerbehalle ohne Intimsphäre und Rückzugsmöglichkeiten.

Herr Tönjes sagte, dass der Druck durch den Verkauf der Peterstraße zum Jahresende entstehe. Dieser hätte verschoben werden müssen. Er sprach von Interessenten zum Bau einer Kindertagesstätte, die von der Stadtverwaltung keinen Zuschlag erhalten hätten. Ebenso bemängelte er eine zu späte Information der Ratsmitglieder über diese Situation.

Herr Feist bezeichnete die aufwendige Prüfung der Gebäude hinsichtlich der Eignung als Sammelunterkunft als normalen Verwaltungsvorgang, der erst nach Abschluss als Vorlage vorgestellt werde. Aufgrund der Vielzahl an möglichen Gebäuden habe diese Prüfung mehrere Wochen in Anspruch genommen.

Herr Schaar/Br. Franziskus berichtete von seiner Tätigkeit in der Migrationsarbeit, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung hier sehr gut sei. Im wöchentlichen Austausch habe man immer gute Lösungen auch für die Flüchtlinge aus der Ukraine gefunden. Die Probleme würden sich noch weiter verstärken, sodass jetzt schnell gehandelt werden müsse. Auch unter den Geflüchteten seien traumatisierte Kinder. Eine verlässliche Perspektive sei daher notwendig.

Für die Fraktion WIN@WBV sagte Herr Bulla, dass die fraktionsinterne Diskussion noch ausstehe. Die Fraktion werde sich daher enthalten. Nochmals sprach er eine Unterbringung in der BBS Heppens an, da dies langfristig eventuell die wirtschaftlichere Lösung sei.

Dazu führte Herr Marušić an, dass ein kompletter Auszug aus der BBS Heppens erst zum 01.09.2023 realistisch sei. Danach müsste noch die Anpassung an die Erfordernisse an eine Gemeinschaftsunterkunft erfolgen. Eine derartige Nutzung sei daher für das Jahr 2023 nicht umsetzbar.

Herr Dr. Weithöner schloss sich der Meinung an, dass es durchaus ein Hoffnungsträger sei, wenn sich ehemals Geflüchtete um die Neuankömmlinge kümmern und diese bei der Integration begleiten. Er stellte daher die Frage, ob es hierzu bereits einen Erfahrungsschatz gebe.

Herr Feist antwortete, dass er aus Gesprächen mit vielen Schulleitungen bestätigen könne, dass sich die ehemals geflüchteten Kinder um die Kinder aus der Ukraine kümmern und sich derer annehmen.

Aus seinen Erfahrungen bei der Arbeit im Migrationsbüro bestätigte Herr Leonhardt dies. Die an den Schulen beschäftigten Sprachmittler haben Kontakte zu den migrantischen Kindern und Eltern und sehen hier kein Konfliktpotential.

Herr Reese bat auf Antrag von Herrn Ehlers um Einzelabstimmung zu den Punkten 1-6 der Vorlage 366/2022.

Zu 1: zur Kenntnis genommen

Zu 2: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen → mehrheitlich zugestimmt

Zu 3: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung → mehrheitlich abgelehnt

Zu 4: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen → mehrheitlich zugestimmt

Zu 5: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen → mehrheitlich zugestimmt

Zu 6: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung → mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

-getrennte Abstimmung-

1. Der Rat nimmt die bisherige Entwicklung der Flüchtlingszahlen und die Unterbringung der in Wilhelmshaven zu versorgenden Flüchtlinge sowie die bisherigen Auswirkungen auf Stellenplan, Haushalt und Wirtschaftsplan der GGS Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Beginn zum 1.1.2023 die Gemeinschaftsunterkunft Albrechtsstraße vorrangig mit Flüchtlingen außerhalb der Ukraine zu belegen.
3. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, für einen Zeitraum von einem Jahr bis längstens zum 31.12.2023 das in der Ebertstraße 96 gelegene Gebäude (ehemals DEWI) zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine zu nutzen. Danach ist das Gebäude aus der Nutzung für Flüchtlinge zu nehmen. Die erforderlichen

Mittel sind bereitzustellen.

4. Für die Unterbringung von Flüchtlingen werden ab dem 1.1.2023 Gebühren erhoben. Zudem werden die Kosten der Verpflegung den Flüchtlingen in Rechnung gestellt. Der Rat beschließt die anliegende Satzung über die Unterbringung Obdachloser und Geflüchteter in der Stadt Wilhelmshaven.
5. Eine Bewachung der Unterkünfte in dem bisherigen Umfang wird nicht mehr vorgenommen. Die gebäudliche Betreuung der Unterkünfte erfolgt zukünftig ausschließlich über das technische Gebäudemanagement bei GGS. Soziale Betreuung soll vorrangig durch die Migrationsberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände im Stadtgebiet erfolgen. Bei Bedarf sind diese Angebote entsprechend zu verstärken.
6. Zur zusätzlichen Unterbringung von Flüchtlingen werden durch GGS nach Bedarf Wohnungen angemietet. Die erforderlichen Mittel sind ebenfalls bereit zu stellen.

4 Sozialfonds

4.1 Antrag Förderverein Rogate-Kloster Sankt Michael e.V.

Herr Schönfelder stellte den Antrag des Förderverein Rogate-Kloster Sankt Michael e.V. für einen Zuschuss i.H.v. 4.714,00 € aus dem Sozialfonds vor. In dem Projekt „Nikolausaktion zu Weihnachten“ werden 530 Geschenktüten an Kinder der Tafel und aus der Ukraine verteilt.

Der Antrag erfüllt die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien.

An der anschließenden Abstimmung nahm Herr Schaar/Br. Franziskus wegen Befangenheit nicht teil.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 nächster Sitzungstermin

Auf Nachfrage von Herrn Ehlers gab Herr Schönfelder bekannt, dass die für den 22.12.2022 im Sitzungskalender vorgemerkte Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration aufgrund fehlender Tagesordnungspunkte nicht stattfindet.

Herr Schaar/Br. Franziskus informierte, dass der in der Sitzung vom 24.11.2022 angekündigte Antrag auf institutionelle Förderung der Wilhelmshavener Tafel e.V. mittlerweile vorliege. Er bat darum, zur Sitzung im Januar einzuberufen, um über diesen Antrag zu beraten.

Ende der Sitzung 15:20 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Reese
Vorsitzender

Kallendrusch
Protokollführerin